06. September 2020 - Corona-Pandemie: "Wie kommmen wir vom Krisenmodus in den Gestaltungsmodus? - Ein Masterplan für Transformation ist überfällig!"

Wilhelm Neurohr:

Corona-Pandemie:

Wie kommen wir vom Krisenmodus in den Gestaltungsmodus?

Ein Masterplan für die Transformation ist überfällig!

> *„Der gesündeste Weg heraus aus den Seuchen ist eine aktiv und gemeinsam entwickelte Vision von eine humaneren Gesellschaft und für eine erneuerte Demokratie, für die es sich aktiv zu leben und zu arbeiten lohnt. (…) In gut funktionierenden humanen Zivilgesellschaften spielen Seuchen so gut wie keine Rolle (…) Man schaue dort, wo wirkliche Seuchen ausbrechen, auf den Zustand der Gesellschaft, dort findet man die Hauptursachen, nicht bei den Viren und Bakterien.“ (Dr. med. Thomas Hardtmuth)*

Die „Krisenbewältigung“ infolge des Corona-Virus steht seit 9 Monaten täglich im Zentrum aller politischen Aktivitäten und ihrer medialen Begleitung. Das gesamte Bestreben in Politik und Gesellschaft zielt dabei nach dem Stillstand des öffentlichen Lebens mehr oder weniger auf ein ersehntes „Zurück zur alten Normalität“ und zum gewohnten Alltag durch Rückgriff auf vertraute Handlungsmuster und alte Konzepte, folglich ein „Weiter so“ trotz veränderter Lebenswirklichkeit. Ein darüber hinaus weisender umfassender „Masterplan“ für einen notwendigen Paradigmenwechsel in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern wird nicht einmal ansatzweise politisch diskutiert, obwohl uns die Krise zur Solidarität und Handlungskonsequenz nötigt.

„Die Coronakrise ist ein dringender Aufruf an die Bewusstseinsbildung der Menschen, ein neues, integrales Denken zu entwickeln“.[2] „In Gesellschaften, die solidarisch an einem Ideal oder einer Vision arbeiten, Gesellschaften, in denen Ideen lebendig sind und in denen Menschen nicht passiv ängstlich, sondern mutig, kreativ, kooperativ, fair,

vertrauensvoll zusammenarbeiten, weil sie ein gemeinsames Ziel haben, in solchen Gesellschaften haben Seuchen keinen Nährboden“[3].

Es wäre eine verpasste Chance, wenn das „Aufwacherlebnis“ der weltweiten Corona-Krise die am Anfang bestandene Bereitschaft für ein komplettes Umdenken und Umsteuern in unserer Lebens- und Wirtschaftsgestaltung nicht aufrecht erhält. Die große Chance der Corona-Krise darf nicht verpasst werden, sonst hangeln wir uns von Krise zu Krise. Wie geht es weiter nach dem Shut-Down und Lock-Down? Um den notwendigen fundamentalen Wandel herbeizuführen, müssen wir endlich vom bloßen Krisenmodus in einen transformatorischen Gestaltungsmodus übergehen, wenn wir eine Zukunftsperspektive haben wollen.

Kein „Zurück in die alte Spur“ – Ausbau des Sozialstaates als Reaktion auf die Corona-Krise

Anfang September 2020 äußerte sich Bundespräsident Steinmeier in einem Zeitungsinterview über die Chancen der Corona-Krise und zur Frage, wie die Welt nach Corona aussehen wird. „Ich verstehe jeden Wunsch nach Rückkehr zum Alltag, den habe ich auch. Aber das muss nicht heißen: Einfach zurück in die alte Spur. Es kann, wenn wir uns bemühen, eine bessere Normalität werden: mit wieder erstarkter Wirtschaft, aber mehr Rücksicht aufeinander, mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. (…) Eine Normalität mit weniger Hass und Häme, aber einem ehrlichen Austausch von Argumenten und mehr Engagement fürs gemeinsame Ganze.“ [4] Er will Debatten über die Zukunft unserer Demokratie anstoßen sowie denen Aufmerksamkeit schenken, die sonst eher im Schatten stehen und sich abgehängt fühlen.

Und die SPD-Bundestagfraktion verabschiedete zur gleichen Zeit ein Beschlusspapier, wonach sie auf die Corona-Pandemie mit einem deutlichen Ausbau des Sozialstaates reagieren will (nachdem der Staat als Quelle des sozialen Lebens zu versiegen drohte): „Der Sozialstaat ist die zentrale Instanz, die die Gesellschaft, aber auch unsere Wirtschaft zusammenhält.“. Ein neuer Sozialstaat müsse den Bürgern auf Augenhöhe begegnen. Dafür will die SPD die Hartz IV-Grundsicherung in heutiger Form abschaffen und durch ein Bürgergeld ersetzen. Die staatliche Sozialhilfe soll aus einer Hand bürgernah angeboten werden.[5]

Soziale Sicherung immunisiert gegen Krankheitsanfälligkeit bei Seuchen

Offensichtlich hat man begriffen, das vor allem das Niveau der sozialen Sicherung, das mit steigender Arbeitslosigkeit abnimmt, ein zuverlässiger Prädikator für die Verbreitung von Seuchen ist: Studien der Universität San Franzisco zeigen, dass die Immunsysteme von Arbeitslosen geschwächt waren und mit Arbeitsaufnahme die Zellen auf ihr ursprüngliches Aktivitätsniveau wieder anstiegen und Viren eliminierten. Mit dem Ausmaß psychosozialer Belastung steigt das Risiko für Infekte und andere Erkrankungen. Epidemiologen haben nachgewiesen, dass in Ländern mit einer ausgewogenen sozialen Balance das Gesundheitsniveau der Menschen wesentlich besser ist. „Der soziale Shutdown kann sich auch zu einem immunologischen ausweiten“.[6] Nicht ohne Grund sind in den USA vom Coronaproblem überwiegend Schwarze und Arme betroffen.

Bei gedemütigten, ausgegrenzten und entwürdigten Menschen ohne Lebensmotivation bricht das Immunsystem eher zusammen. Und Krankheiten und Seuchen brechen vor allem dann aus, wenn Hunger, Elend, Krieg, Angst, Terror, Kälte oder Enge herrschen. Der Rückgang von Seuchen und Infektionen in vorigen Jahrhunderten beruhten entgegen anderslautender Behauptungen weniger auf medizinischen Erfolg durch Impfungen und Antibiotika als vielmehr auf Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnissen und der hygienischen Situation sowie der sozialen Absicherung. Erst wenn wir uns die natürliche und gesunde Bedeutung der weltweit über 1000 allgegenwärtigen Viren für den Menschen und sein Erbgut sowie für die Natur klarmachen, verstehen wir auch ihre Rolle bei den Krankheiten und Seuchen.[7]

„Seuchen sind immer auch Indikatoren der sozialen Struktur einer Gesellschaft,. Ihrer Belastbarkeit und ihrer Schwächen. Der Beginn einer Pandemie mag ein biologischer Vorgang sein. Das Ende ist (meist) ein politisch-gesellschaftlicher.“ (*Imre Grimm: „Wie kann es enden?“ in Ruhr-Nachrichten (Blickpunkt) vom 08.09.20)*

Die guten Vorsätze bei Seuchenbeginn waren von kurzer Dauer

Reichen jedoch die lobenswerten Ankündigungen und partiellen Ansätze aus dem Bundestag und vom Bundespräsidenten bereits aus für eine umfassende Transformation des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und des ökologischen Umgangs mit den Lebensressourcen? Waren nicht zu Beginn der Krise viel weitergehende Vorsätze allenthalben zu vernehmen, als man begriffen hatte, dass die Zukunft unseres Planeten und unserer Zivilisation auf die Tagesordnung gehört? Die ökologische und die soziale Frage müssen zusammen gedacht werden: „Vom Egosystem zum Ökosystem“.[8] Dann werden die Viren als Träger unseres gesamten Erbgutes von unseren Feinden zu unseren Freunden, „denn sie sind entscheidende Impulsgeber der genetischen Evolution als Motoren für die evolutive Erneuerung und Artenvielfalt. (…) Durch die Zerstörung von Lebensräumen der Tiere (auch durch Abholzung von Wäldern und durch Monokulturen) dringen immer mehr Viren aus dem Tierreich in menschliche Lebensbereiche ein und werden dort zu Krankheitserregern“. [9] Wir müssen in Zukunft sozial und ökologisch wirtschaften.

Die Krise hatte jahrzehntelang bekannte, aber erfolgreich verdrängte Probleme wie in einem Brennglas zu Tage gefördert: Die sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse osteuropäischer Leiharbeiter in der mafiösen Schlachtindustrie, die Folgen der Massentierhaltung und der rücksichtslose Umgang mit der Natur, der Mensch und Tier in Dauerstress bringt und Pandemien begünstigt. Mit Empörung wurde die unzureichende Bezahlung der überlasteten Pflegekräfte, Supermarktkassiererinnen und in sozialen und medizinischen Dienstleistungsberufen zur Kenntnis genommen und deren Leistung mit Beifall und Einmalprämie honoriert. Aber in den gerade begonnenen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst will man ihnen die leistungsgerechte Bezahlung wieder vorenthalten, nachdem man zuvor Milliarden Euro an öffentlichen Geldern bereitwillig in die klimaschädigende Flug-und Tourismusindustrie und Autobranche pumpte. Die Kulturschaffenden gingen anfangs leer aus. Der drohende Absturz der Wirtschaft und dessen befürchtete Folgen verleiten dazu, die unverzichtbare Transformation zu verschieben oder auszusitzen. Vielleicht mangelt es auch an sozialer Phantasie oder politischem Mut für ein gesamtgesellschaftliches Umsteuern, zum Beispiel auch bei der sich zuspitzenden

Wohnsituation oder der immer weiter spreizenden Vermögens- und Einkommensentwicklung.

Im Masterplan gehört alles auf den Prüfstand

Es geht quasi um die allgemeine Immunitätslage der Gesellschaft, denn die Virenintensität nimmt zu, wenn ein ökologisches System, eine Viehherde oder eine menschliche Gesellschaft unter Stress gerät.[10] Und alle zusammen bilden einen gemeinsamen Organismus.

Deshalb ist der Blick zu weiten auf alle Betroffenen, über die bedauernswerten 9.300 Corona-Sterbefälle in Deutschland hinaus. Es gibt mindestens ebenso erheblichen Handlungsbedarf für nationale und föderale Krisenstäbe (und einen milliardenschweren Investitionsbedarf) zur Überwindung der anderen dramatischen Gesundheitsgefährdungen: Jährlich sterben in Deutschland ca. 80.000 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung, weltweit 8 Mio. Todesopfer. Wo sind da die Krisenstäbe und die Hilfsprogramme? Ebenso viele sterben an Medikamenten-Nebenwirkungen. An Krankenhausinfektionen erkranken jährlich 600.000 Menschen in Deutschland, bis zu 20.000 sterben daran.[11] Kein ganzjähriges Top-Thema im Gesundheitsministerium und in den Medien? Darum gehört jetzt alles auf den Prüfstand:

- Unsere Art zu leben, zu wohnen und zu wirtschaften,
- unser Mobilitätsverhalten und Wachstumsdenken,
- der Massentourismus und unser Freizeitverhalten,
- unser Sozialverhalten und unser Wohlstandsegoismus,
- unser kommerzialisiertes Gesundheitswesen und Profitstreben,
- unser Konkurrenzverhalten und die Ausbeutung von Arbeitnehmern,
- unser Raubbau an der Natur und an unserer eigenen Gesundheit,
- unser Umgang mit dem Waldsterben und Insektensterben,
- unsere industrialisierte Landwirtschaft und der ungebremste Ressourcen- und Flächenverbrauch;
- unsere demokratischen Defizite,
- die beengten und überteuerten oder fehlenden Wohnungen für einen Großteil der Wohnbevölkerung,
- die Umweltbelastung und Klimakatastrophe mit drohender Wasserknappheit,
- unser Bildungsverständnis und der Stellenwert der Kultureinrichtungen,
- der kommerzialisierte Fußballsport mit Spielerkäufen,
- die Auswüchse unseres ungesunden Finanzsystems,
- und nicht zuletzt unsere militärischen Denkweisen angesichts des weltweit höchsten Rüstungsniveaus in der Menschheitsgeschichte, (obwohl der Virus die Abhängigkeit der gesamten Menschheit als Schicksalsgemeinschaft erlebbar gemacht hat, ebenso die Klimakatastrophe).

Eine grandiose Herausforderung, vor der wir uns nicht drücken können - Corona sei Dank für diese erzwungene Erkenntnis, die ein „Weiter so“ verbietet, sondern all diese Zukunftsthemen gehören in den fehlenden Masterplan. Die Corona-Krise ist ja nur ein Teil unseres zusammenwirkenden Krisenbündels, das durch Corona ins Bewusstsein gelangt ist. Gefordert ist aber nicht allein die Politik, sondern sind auch die Bürgerinnen und Bürger in Ihrem Verhalten und Lebensstil, wenn es etwa um Flugreisen und Kreuzfahrtschiffe geht, um

Konsumverhalten (ob Billigfleisch, Versandhandel oder Wegwerf-Textilien aus Kinderarbeit) oder Lärm- und Luftbelastung und Klimaschutz in einer Autogesellschaft mit zunehmenden Fahrkilometern und Zulassungszahlen für monströse und platzergreifende SUV. Dazu bedarf es aber auch des Gestaltungswillens der Politik unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft. „Wenn wir etwas wirklich wollen und mit Begeisterung tun, dann ist unser Immunsystem vital und robust. (…) Dann werden wir nicht beim Ansteckungsgedanken (Exposition) stehen bleiben, sondern müssen uns auch fragen, warum 80 von 100 nicht erkrankt sind (Disposition und Konstitution).“[12]

Aus Fehlern im Krisenmanagement lernen

Politische Fehler im bisherigen Krisenmanagement werden ungern eingeräumt, sondern man rühmt sich der politischen Lernfähigkeit und der schrittweisen und tastenden Herangehensweise „auf Sicht“. Es ist deshalb bemerkenswert, dass Bundesgesundheitsminister Spahn[13] und NRW-Gesundheitsminister Laumann sowie weitere Politiker nunmehr rückblickend doch Fehler einräumen beim verordneten Lockdown und Shutdown bei Krisenbeginn im März: Mit dem heutigen Wissen hätte man Einzelhandel, Restaurants, Dienstleister, Betriebe und Schulen nicht komplett schließen müssen und auch nicht das ganze Land in häusliche Quarantäne schicken müssen - mit unabsehbaren Folgen für die Wirtschaft, die Steuereinnahmen, die Arbeitsplätze, die Kultur und die psychische Gesundheit der Menschen. Dabei hatten schon im März Epidemiologen wie Prof. Stefan Willich von der Charité und einige andere aus wissenschaftlicher Sicht keinen Grund gesehen, das ganze Land komplett herunterzufahren[14]. Dem standen gewagte Prognosen, Spekulationen und stark divergierende Vorhersagen von Virologen gegenüber, die kaum miteinander ausdiskutiert oder abgeglichen wurden. Die gesamte Breite des Phänomens blieb somit außen vor, stattdessen schwächte man durch das tägliche Schüren von übertriebenen Ängsten die Immunkräfte der besorgten Menschen und machte sie damit anfällig für die Ansteckung.

Als Entschuldigung angeführt wird die anfängliche Sorge, dass (mit Blick auf Italien) die Intensivbetten, die Beatmungsgeräte, die Laborkapazitäten, die Schutzkleidung und die Mund-Nasen-Masken nicht ausreichen würden bei einer exponentiellen Ausbreitung der Viruserkrankungen. Dass auch hierbei die eigene Politik der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens mit Betten- und Personalabbau oder die fehlende Vorratshaltung von Schutzmasken infolge Missachtung des gültigen nationalen Pandemieplans 2011 die Engpässe verschuldet hat, wird gerne ausgeblendet. So blieb es nicht aus, dass millionenschwerer Betrug und Fälschungen in großem Stil beim Handel mit knappen Corona-Masken und bei ihrer Herstellung durch Kriminelle betrieben wurden. Ebenso sackten bei den Corona-Soforthilfen tausendfach dreiste Betrüger erhebliche Gelder ein.[15]

Nicht einfach mit Tunnelblick zur Tagesordnung übergehen

Aus Fehlern lernen kann jetzt aber nicht heißen, zur Tagesordnung überzugehen, „dann ist alles wieder gut“, sondern mit Tatkraft und Entschiedenheit die notwendige Transformation anzugehen. Wir müssen jetzt vom bloßen Krisenmodus endlich in den anspruchsvolleren Gestaltungsmodus übergehen und dabei auch die menschlichen, ethischen und sozialen Konsequenzen dieser Krise einbeziehen. Wir müssen Gesundheit neu denken bis hin zur

gesundheitsbezogenen Gemeinwesenarbeit[16] und wegkommen vom „marktgerechten Menschen und Patienten“. War nicht im März noch selbstkritisch davon die Rede, das weitgehend kommerzialisierte und profitorientierte Gesundheitswesen wieder in die Obhut der öffentlichen Hand zu überführen als Erkenntnis und erster Schritt aus der Krise? Darüber spricht schon einige Monate fast niemand mehr, weil ja die vielen Betten dann doch nicht benötigt wurden oder sogar leer standen und die Krankenhäuser dafür sogar fast 12 Mrd. € Ausgleichszahlungen bekamen[17]. Das profitable Geschäft mit den Kranken kann weitergehen.

Und die Pharmaindustrie bei ihrem Wettlauf um Impfstoffe und antivirale Medikamente gegen das mutierende Virus, die aus dem Bedrohungsszenario ihre Verkaufsargumente für weltweite Geschäftsmodelle herleitet, möchte ihre dreistelligen Milliardenumsätze drastisch steigern. „So wie die Rüstungsindustrie kein Interesse an Frieden hat, (…) so muss das globale Geschäft mit Impfstoffen und antiviralen Medikamenten mit immer neuen Strategien der Angsterzeugung belebt werden.“[18] (Erinnert sei an die ausgebliebene Schweinegrippe 2010 mit höchster Alarmstufe bei der zu 75% privat finanzierten WHO, anlässlich dessen der Bund und Länder vorsorglich für 200 Mio. € nicht benötigte Impfstoffe bei der Pharmaindustrie eingekauft hatten.) Damit sollen nicht die Argumente der „Impfgegner“ und „Corona-Leugner“ aufgegriffen, sondern an die faktenbasierte kritische Vernunft appelliert werden. Wie gehen wir, nicht nur gesundheitlich, sondern auch seelisch-geistig und sozial, gestärkt aus der Situation hervor?[19] Entstehen neue Perspektiven für einen notwendigen gesellschaftlichen Wandel?

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag - Der Markt ungeeignet zur Krisenbewältigung

Die Bürgerinitiative Gemeinwohllobby schreibt unter dem Slogan „Werden wir gesund“ folgendes: „Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, dass der Markt und die markthörigen Entscheidungsträger unfähig sind, für Krisen vorzusorgen und die Gesellschaft vor Krisen zu schützen. Dieses Virus zeigt uns, dass der Markt mit seinen jetzigen Zielsetzungen Wachstum, Profit und Rendite nicht in der Lage ist, Krisen zu bewältigen. Ein freier und unregulierter Markt kann Gesellschaften ins Elend stürzen und Millionen Menschenleben in Gefahr bringen. Der Wirtschaftsliberalismus erweist sich wieder einmal als Schönwetterideologie, die in Krisenzeiten wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt und versagt.

Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, im Dienst des Menschen zu stehen und sie hat den Auftrag, ihn mit alledem zu versorgen, was er für sein physisches Dasein benötigt. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, sollten wir nach dieser Krise nicht dort fortfahren, wo wir aufgehört haben. Die wichtigste Frage dürfte wohl zurzeit sein, wie es weiter geht? Wollen wir uns weiterhin nur mit den Symptomen befassen, oder mal endlich Ursachenforschung betreiben? Die Zeit scheint reif zu sein für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die bürgerlichen Grundrechte stärkt, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und sehr reich reduziert, der Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz vorschreibt und dem Gemeinwohl dient, nicht der Profitgier als oberste Maxime.“[20]

Krisenzeiten als Zeiten des Wandels und des Neubeginns

Hier ist also die Idee einer demokratischen, freien und humanen Gesellschaft mit mündigen Menschen gegenüberzuhalten, die sich das Heft des solidarischen Handelns nicht aus der Hand

nehmen lässt, sondern ihre Zukunft selber gestaltet, statt sich nach den Vor-Corona-Zeiten zurückzusehnen und zur Tagesordnung überzugehen. Die Zeiten vor-Corona waren Einfallstore für Viren durch unser vielfältiges Fehlverhalten in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und in unserer gestörten Beziehung zur Natur, insbesondere infolge der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Dahin wollen wir als lernfähige Wesen nicht zurück, wohl wissend: Nichts wird mehr so sein wie vorher. Dafür sollten wir tatkräftig sorgen, statt den alten, gesundheitsgefährdenden Zustand zurückzusehnen. Zukunftsvisionen sind gefragt, die unseren kollektiven Tunnelblick der letzten 9 Monate auf Corona weiten. Denn Krisenzeiten sind Zeiten des Wandels und des Neubeginns. Unser sozialer Organismus ist empfindlich gestört, so dass wir eine Gesundung der Gesellschaft im Alltag und in Zeiten der Krisen eine resiliente Wirtschaftsweise in einer Postwachstumsgesellschaft zugunsten des Gemeinwohls anstreben sollten[21].

Eine Pro- und Contra-Debatte zum Lebensstil ist dabei unverzichtbar. Die Friedrich-Eber--Stiftung bemerkte zu einer Veranstaltung am 19. Juni: „Die Erfahrung des Shutdowns der Corona-Krise war in Vielem wie eine Lupe, die die bestehenden gesellschaftlichen Probleme noch einmal deutlicher sichtbar gemacht hat. Sie war ein Zwangsverzicht auf unseren Lebensstil auf Zeit. Mit neuen Erfahrungen, aber auch mit hohen wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Kosten. Wenn das System wieder hochgefahren wird, müssen wir die Lernerfahrungen verarbeiten: Wie können wir die sozialökologische Wende in Zukunft klüger gestalten als bisher? Geht es um verzichten oder neu erfinden? Sind innovative Technologien und intelligentere Lebensstile eine Alternative zum Verzicht? Bauen und Wohnen anders? Fliegen in Zukunft - wohin, wofür, womit und wie? Was kann der Digitalisierungsschub beitragen? Was muss mit den enormen öffentlichen Mitteln jetzt gefördert werden?“ [22]

Das sind die notwendigen Debatten und Diskurse, die mit der Erstellung eines Masterplanes einhergehen müssen. Gleiches muss die EU-Kommission auf ihrer Ebene leisten, nachdem sie (mit Rücksicht auf Ungarn und Polen) ein Corona-Hilfspaket ohne Rechtsstaatsgarantien verabschiedet hat. Nur in einem funktionierenden Rechtsstaat lässt sich aber eine gemeinsame Zukunft demokratisch gestalten. Der Wandel und Neubeginn braucht also demokratische Grundvoraussetzungen – daran werden wir auch durch den Virus erinnert. Am Ende sollten wir insgesamt gestärkt aus der Krise hervorgehen und es sollten neue Perspektiven für einen gesellschaftlichen Wandel entstehen – dann haben wir die Krise als Chance ergriffen und können mit den wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und persönlichen Folgen leben.

Wilhelm Neurohr

6. September 2020

Dr. med Thomas Hardtmuth: [1] „Das Corona-Syndrom – warum die Angst gefährlicher ist als das Virus“ in Mitteilungen der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, Johanni 2020

[2] „Die Bedeutung der Viren für Mensch und Natur“ (Thomas Hardtmuth in „Motive aus der

anthroposophischen Arbeit in NRW“)

[3] wie vor

[4] Ruhr-Nachrichten vom 5. September 2020

[5] ebenda

[6] Dr. med Thomas Hardtmuth: [6] „Das Corona-Syndrom – warum die Angst gefährlicher ist als das Virus“ in Mitteilungen der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, Johanni 2020

[7] Dr. med Thomas Hardtmuth: [7] „Das Corona-Syndrom – warum die Angst gefährlicher ist als das Virus“ in Mitteilungen der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, Johanni 2020

[8] Seminarankündigung fakt21 in Bochum für den 25./26. September

[9][9] Dr. med Thomas Hardtmuth: [9] „Das Corona-Syndrom – warum die Angst gefährlicher ist als das Virus“ in Mitteilungen der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, Johanni 2020

[10] wie vor

[11] wie vor

[12] wie vor

[13] FOCUS 02.09,2020

[14] Bild .de 18.08.20

[15] Tagesschau April 2020

[16] Workshop 20. Sept. 2020, Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Gesundheit neu denken – Gesundheitsbezogene Gemeinwesenabeit“

[17] Tagesspiegel 23.06. 2020

[18] Thomas Hardtmuth, a.a.O.

[19] Thementag „Was lernen wir aus der Krise?“ in Dortmund, fakt 21 Kulturgemeinschaft

[20] Maria Grimmenstein:“Werden wir gesund“, Bürgerinitiative Gemeinwohllobby

[21] Seminar am 9./10. Oktober 2020, Kulturgemeinschaft fakt 21: „Vom Nehmen zum Geben

– Welche Wirtschaftsweisen sind in Zeiten der Krise resilient? - Praktische Anleitungen zum regenerativen Wirtschaften im Alltag

[22] Friedrich-Ebert-Stiftung, Seminar 19. Juni 2020: „Ohne Verzicht geht nichts – eine Debatte zum Lebensstil“